

Vorlese zum 14. epf

Diesem und dem letzten epf liegt die These zugrunde, dass eine Minderung der Armut in den Ländern der Dritten Welt überwiegend Aufgabe ihrer führenden Schichten (Staatsklasse, politische Entscheidungsträger) und sie ebenso überwiegend **nicht** auf die Verfügbarkeit von zusätzlichen ausländischen finanziellen Ressourcen angewiesen sei.

Daraus entstand dann die Frage, ob ein Poverty Reduction Strategy **Paper** in dem einzelnen Land wirklich zu einer solchen Poverty Reduction **Strategy** führt, die die Staatsklasse nachhaltig zu einer Politik zur Minderung der Armut veranlasst – nicht durch Wohlfahrtsprogramme, sondern durch Zulassung (Selbstentwicklung) und wenn notwendig auch durch Förderung und Nutzung der in der armen Bevölkerung vorhandenen Produktivkräfte (Empowerment, Mise-en-valeur).

Konkreter: Werden diese Papers die Staatsklasse zu einer Änderung ihrer Lebensgewohnheiten, Interessen und Politiken veranlassen?

Die bisherige Annahme: Nein, werden sie nicht. Aber sie schaffen neue politische Spielräume, die genutzt werden müssen – sagte Herr Asche am Ende des letzten epf.

Ich habe von Presseartikeln, die sich in der Zahl und hinsichtlich der Länder fast beliebig vermehren lassen können, Auszüge angefertigt, die Lebensgewohnheiten, Interessen und Politiken von Staatsklassen in EL beschreiben. Und dies mit dem Ziel, dass uns diese Aufgabe, neue politische Spielräume zu nutzen, etwas deutlicher wird.

Land		Quelle
Algerien	<p>Vor zwei Jahren noch hatten sich Europäer und Amerikaner die Lage in Algerien schön gesehen: Abdelaziz Bouteflika, der mittels Wahlfälschung ins Amt gekommene neue Präsident und alte "Baron" des algerischen Staatssozialismus, müsse wohl oder übel seine Wahlversprechen halten - glaubten sie. Er würde das Bildungssystem, den Verwaltungsapparat und die Justiz reformieren und auf diese Weise für inneren Frieden sorgen. Inzwischen hat sich gezeigt, daß B. kein einziges Versprechen eingelöst hat, obwohl das Land durch den Ölpreisboom der vergangenen Jahre über aussergewöhnliche Einnahmen verfügte, mit denen er manche Reformen hätte finanzieren können...</p> <p>Die Generalität versteht sich auf das Spiel mit der Gewalt: um ihre internen Streitigkeiten auf Kosten der Bevölkerung zu regeln oder um sich als einzige Kraft darzustellen, die für Frieden und Ordnung im Land sorgen kann. Von den ausländischen Partnern wird sie dann üblicherweise als "geringeres Übel" akzeptiert...</p> <p>Undurchsichtigkeit und Verwirrung sind klassische Herrschaftsmethoden in Algerien...</p>	Die ZEIT, 13.6.01
Brasilien	<p>Gut ein Drittel der knapp 170 Mio. Einwohner zählenden Bevölkerung weist gemäß den offiziellen Statistiken kein ausreichendes Einkommen aus, um eine Befriedigung der Grundbedürfnisse sicherstellen zu können. Rund die Hälfte davon - das sind immerhin mehr als 25 Mio. Personen - kämpft sogar täglich mit der Not, sich eine ausreichende Ernährung beschaffen zu können</p> <p>Ungleichverteilung der Einkommen: Die reichsten 10 % der brasilianischen Bevölkerung verfügen zusammengenommen über ein Gesamteinkommen, das beinahe dem Dreissigfachen desjenigen entspricht, mit dem sich die ärmsten 40 % der Einwohner im Land zufriedenzugeben haben.</p> <p>Kritiker der brasilianischen Regierung pflegen die mit einer ausgeprägt ungleichen Verteilung der Einkommen einhergehende Armut breiter Bevölkerungskreise der sozialpolitischen Abstinenz der Behörden zuzuschreiben. Tatsache ist jedoch, daß für diese Situation weniger der Mangel an entsprechenden Initiativen als die oftmals perverse Fokussierung des Einsatzes staatlicher Mittel verantwortlich ist.</p> <p>Dabei erklärt sich der beschränkte Erfolg der staatlichen Remeduren u.a. mit der Existenz zahlloser korrupter Praktiken im Umgang mit öffentlichen (wie</p>	NZZ, 13.6.01

	auch mit privaten) Geldern - ein Umstand, der nicht selten zur Folge hat, dass laut einschlägigen Untersuchungen lediglich 10 % bis 20 % der Mittel aus dem Sozialbudget den eigentlich vorgesehenen Empfängern zugute kommen.	
Indien	<p>Die Food Corporation of India (FCI) kauft das Vierfache der in Dürrezeiten benötigten Reserve auf. Jährliche Lagerungskosten 1,5 Mrd. sfr. Millionen von Tonnen werden wegen fehlender Lagerhäuser im Freien gestapelt. Davon verrottet ein Drittel bzw. wird von Ratten gefressen. Die Einkäufe der FCI haben nicht mehr das Versorgungsziel im Blick, sondern erfolgen auf grund der staatlichen Subventionspolitik. Die Regierung garantiert nicht nur die Abnahme der Getreide, sondern richtet zusätzlich Preissubventionen aus. Und die Regierung hat FCI aufgefordert, ihre Qualitätsstandards beim Ankauf von Getreide zu verwässern. Die regionalen "Satrapen"¹ im Punjab und in Andhra Pradesh, Koalitionspartner in der Zentralregierung, hatten Druck auf diese ausgeübt, auch den Ausschuss der Ernte zu übernehmen.</p> <p>Dies führt dazu, dass die Bauern immer mehr anpflanzen (mit Ausweitung der bewirtschafteten Flächen und Abnahme der Produktivität des Bodens bzw. Abnahme des Wachstums des Hektarertrags).</p> <p>Dennoch zählt Indien über 300 Mio. unterernährte Menschen. Der Grund für diese Verzerrung liegt in der staatlichen Politik. <u>Während die politisch einflussreichen Bauern Subventionen und Abnahmegarantien erzwingen können, benützt die Regierung die dadurch verursachte hohe Staatsverschuldung als Vorwand, ihre Sozialprogramme für die Millionen von politisch machtlosen Tagelöhnern und Pächtern zu kürzen.</u></p> <p>Die Preise für den Verkauf von subventionierten Nahrungsmitteln in den Rationenläden wurden in den letzten beiden Jahren massiv heraufgesetzt. Der Zugang zu verbilligten Nahrungsmitteln wurde zudem erschwert: Nur noch Familien unter der Subsistenzgrenze können diese beziehen - und sie decken nur ein Drittel des minimalen Kalorienbedarfs.</p> <p>Und die WTO verstärkt die Widersprüche: Die Koppelung von staatlichen Eingriffen bei der Agrarpolitik mit einer WTO-konformen Marktpolitik gegenüber Importen hat die Widersprüche verschärft. <u>Die immer höheren Abnahme- und Lagerkosten haben die Verschuldung akzentuiert und damit die Kapazität des Staats, der Verelendung des ländlichen Proletariats und der Kleinbauern entgegenzuwirken, reduziert.</u> Dies zeigt sich im Rückgang der ländlichen Kaufkraft sowie der ländlichen nichtbäuerlichen Beschäftigung, welche die Migration in die städtischen Slums hat anschwellen lassen. Die staatlichen Food for Work-Programme, die früher diese Migration aufhalten sollten, sind in den letzten Jahren mit dem Argument der Liberalisierung des Arbeitsmarktes und der knappen staatlichen Finanzen ebenfalls beschnitten worden.</p>	NZZ, 5.4.01
Indonesien	Indonesia, a country with around half of its more than 210 million population have descended into poverty, has had a history of massive abuse of loans provided by the World Bank to mitigate the impact of the 1997 economic crisis on the poor. The Bank cancelled the second \$300 tranche of its \$600 million social safety net adjustment loan mainly due to corruption by bureaucrats.	The Jakarta Post, 12.11.01
Nigeria	Im Rahmen eines bisher einzigartigen Vergleichs werden über eine Milliarde Dollar an Geldern des 1998 verstorbenen nigerianischen Diktators Sani Abacha via BIZ an Nigeria transferiert. Die Regierung Nigerias hat sich mit der Abacha – Familie darauf geeinigt, dass diese rund 100 Mio. \$ an Geldern erhalten soll, die sie vor der Amtszeit Abachas, also vor 1993 erworben hat und die nachweislich nicht aus strafbaren Handlungen stammen.	NZZ 18.4.02
Südafrika	Am 15.9.2000 hat das südafrikanische Kabinett einen Rüstungsauftrag an ausländische Firmen in Höhe von 21,3 Mrd. Rand gegeben: Kampfflugzeuge, 4 Korvetten, 3 Unterseeboote und 30 leichte Helikopter. Eine Untersuchungskommission hat gewisse Unregelmäßigkeiten und Mängel bei der Auftragsvergabe festgestellt. Z.B. den Kauf von Luxusautos durch Entscheidungsträger zu sehr vorteilhaften Bedingungen.	NZZ, 17./18.11.01
Tansania	Kauf eines Luftüberwachungssystems für ca. 50 Mio €. Weltbank: Ein ausschließlich auf zivile Bedürfnisse zugeschnittenes System würde nur ein	NZZ 22./23.12.

¹ Statthalter in einer Provinz

	<p>Viertel kosten. Sunday Nation (Kenia): Dies versetzt dem Mythos, Tansania sei weniger korrupt als seine Nachbarn, den Todesstoss. Es rieche ganz nach einem „weißen Elefanten“, dieser Manie der afrikanischen Eliten, prestigeträchtige, teure und schließlich unnütze Anlagen westlicher Hochtechnologie einzukaufen...</p>	<p>und 27.12.01</p>
Türkei	<p>Der märchenhafte Reichtum der oberen Zehntausend der Türkei stellt auch europäische Maßstäbe in den Schatten: - in den Yachthäfen von Istanbul ist kaum ein Liegeplatz frei. Monatliche Liegegebühren für 10-m-Boot: 1.000,- DM - die exklusiven Golf-, Tennis- und Reitclubs (Mitgliedsbeitrag 5.000,- DM p.a.) erfreuen sich ungebrochenen Zulaufs - der Absatz von Sport-, Gelände- und Luxuswagen stieg ebenso an wie der Umsatz der Luxusboutiquen - Mieten und Grundstückspreise zählen nach wie vor zu den teuersten in Europa; auch gekauft werde weiterhin – aber nur bei Objektpreisen, die in Millionen Mark gezählt werden.</p> <p>Millionen Menschen leben in derselben Stadt in selbstgebauten Hütten und Baracken, in Zelten oder gar auf der Straße. Immer mehr Menschen betteln auf den Straßen um das tägliche Brot.</p> <p>Rechtschaffen erworben ist ein guter Teil des Reichtums freilich nicht: Finanziert wird er mit Drogengeldern, Korruption und sozialer Umverteilung von unten nach oben: - Drogen im Wert von bis zu 100 Milliarden Mark passieren jährlich die Türkei. Zumindest ein Teil davon bleibt hier hängen und generiert exorbitante Einkommen - Die Verluste der drei staatlichen Banken, die jahrelang von den Parteien geplündert und jetzt mit internationalen Krediten saniert wurden, betragen fast 50 Milliarden Mark... Hierzu die SZ über einen Bericht der BIZ: Anfang November 2000 sei das Vertrauen in einen Erfolg der Wirtschaftsreformen (wegen eines politischen Streites zwischen Ministerpräsident Ecevit und Staatspräsident Necdet Sezer) geschwunden, sodass sechs Milliarden Dollar Kapital abgeflossen seien. Dank der Hilfe von Banken und internationalen Organisationen habe die Türkei ihre Devisenreserven bis zum Jahresende wieder auffüllen können. Die Türkei hatte Ende 2000 bei internationalen Banken 47 Milliarden Dollar aufgenommen. DIE ZEIT: ...klar, dass die Türkei ihre Wirtschaftsmisere durch Misswirtschaft und Korruption selbst verschuldet hat. Frühere Hilfsprogramme versickerten wirkungslos... Umso erstaunlicher aber, wie reibungslos jetzt die mächtigsten Mitgliedsstaaten von Währungsfonds und Weltbank ein neues, zehn Milliarden Dollar schweres Hilfspaket genehmigten. Vorher hatte es anders geklungen: Der Nachweis politischer Reformen sei absolute Vorbedingung für neue Hilfspakete. Doch einen so wichtigen <u>Bündnispartner</u> wie die Türkei an der Südostflanke der Nato, Nachbar des verhassten Irak und umgeben von Unruheherden, lässt man offenbar nicht so schnell fallen.</p>	<p>GA, 3.7.01</p> <p>SZ, 8.5.01</p> <p>DIE ZEIT, 3.5.01</p>
Venezuela	<p>Wir sind das reichste Land Lateinamerikas, doch wir sind arm dran. 80 Prozent unseres Volkes leben unter der Armutsgrenze, doch 15.000 Venezolaner haben ein Haus in Florida. Statt in Schulen für alle zu investieren, verprassen die Reichen des Landes unsere Dollars in den Malls von Miami. Sie ersticken das Land mit Kitsch und Schund, überschwemmen es mit einer veritablen Diarrhö des schlechten Geschmacks. Das ist der Boden, auf dem die Elendsviertel wachsen wie Pilzkulturen, Brutstätte für Zombies und Monster. Mit zwölf haben die Kinder dort einen Joint im Mundwinkel und eine Pistole in der Hand. Es herrscht ein unerklärter Krieg in diesem Land um die Brosamen, die den Reichen vom Tisch fallen. Jedes Wochenende sterben hundert Menschen - Überfälle, Familiendramen, Unfälle. Sie bringen sich um für ein Paar Turnschuhe, die sie von der Fernsehwerbung aufgeschwatzt bekommen. Doch sie können nichts dafür, die Miserablen, sie wurden zu dem gemacht, was sie sind. Wehe den Mächtigen in ihren Jeeps mit den dunkeln Fenstern, wenn der Pöbel, den sie geschaffen haben, an die Macht kommt. Ein Marshallplan würde nicht ausreichen, um dieses Land zu retten.</p>	<p>NZZ, 17./18.2. 01</p>